



Ritterlichkeit im Wahlkampf

In seiner Reichstagsrede hat es Reichskanzler Brüning abgelehnt, der nationalsozialistischen Bewegung mit Maßregeln zu begegnen, die „an das Sozialistengesetz vergangener Jahre erinnern“. Man wird an diese staatskluge Bemerkung gemahnt, wenn man erfährt, mit welchen Maßregeln die preussischen Machthaber Severing und Grzesinski in den Wahlkampf einzugreifen gedenken. Als Musterbeispiel darf man das Verbot des „Angriff“ auf sechs Tage, also auf die halbe Dauer des Wahlkampfes, betrachten. Der Anlaß zum Verbot wird gesehen in der „Kündigung einer Versammlung, die im ganz gleichen Wortlaut tagelang vorher an den Vorkäufflächen des Berliner Westens zu lesen war!

Es scheint uns denn doch so schreiben die Leipz. N. N. höchste Zeit zu sein, daß das Reich hier eingreift und den preussischen Ueberreifer zügelt. Denn daß die amtlichen preussischen Stellen sich eine zwar ungewollte, aber zweifellos sehr wirksame Propaganda für die Nationalsozialisten und gegen die Kandidatur Hindenburgs leisten, kann das Reich kaum gleichgültig mit ansehen. Was da in Preußen angewandt wird und auch weiterhin angewandt werden soll, hat eine bedenkliche Ähnlichkeit mit Maßregeln, wie sie „unter dem Sozialistengesetz vergangener Jahre“ beliebt waren. Severing und Grzesinski könnten aus der Geschichte ihrer eigenen Partei wissen, daß derartige Maßregeln tödlicher das Gegenteil von dem bewirken, was damit beabsichtigt war. Gegen solche Schädigungen durch amtlichen Ueberreifer muß die Kandidatur Hindenburgs in Schutz genommen werden, wenn nicht der Wahlkampf in einer Weise ausarten soll, die im Interesse des Reichs unbedingt verhindert werden müßte. Fehler sind aber auch auf der anderen Seite gemacht worden. Das Verbot des „Angriff“ wurde mit der Ankündigung einer Versammlungsrede über das Thema „Der Kandidat Crispian“ begründet. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Crispian hat vor einigen Jahren als Führer der „Unabhängigen“ erklärt: „Ich kenne kein Vaterland, das Deutschland heißt! Mein Vaterland ist die Internationale!“ Selbst wenn der nationalsozialistische Versammlungsredner Dr. Rosenberg sicherlich nicht Hindenburg der Vaterlandslosigkeit zeihen wollte, so kann man es doch nicht gerade als ritterlich bezeichnen, wenn der Reichspräsident mit jenem Wort Crispians in irgendeinem Zusammenhang gebracht würde.

Dies trifft auch auf den vielberufenen Schluß der ersten Reichstagsrede Dr. Göbbels zu, der es als kennzeichnend für die Kandidatur Hindenburg erklärte, daß sie von der Berliner Asphaltpresse und der „Partei der Deserteure“ gestützt werde. Hitler ist in seinem offenen Brief an Hindenburg, den er bedauerlicherweise der Auslandspresse eher zugänglich gemacht hat, als er in der Hand Hindenburgs sein konnte, auf die Göbbels-Rede zurückgekommen. Hitler ruft die Ritterlichkeit Hindenburgs an und fordert u. a. Schutz für Göbbels gegen Minister Gröner. Aber jener Sah Göbbels' war eine Entgleisung, die eindeutig wird durch seine weitere Bemerkung, Hindenburg habe seine alte Wählerschaft „im Stich gelassen“. Ritterlicher wäre es gewesen, das unglückselige Wort zurückzunehmen, dann wäre die Sache vergehen und vergessen gewesen — man weiß ja nämlich, daß bei Reichstagsreden, namentlich in so aufgeregten Zeiten, dem Redner gar zu gern der Gaul durchgeht.

Ritterlichkeit im Kampf kann nicht gedeihen, wo man gegen den politischen Gegner mit gewalttätiger Unterdrückung glaubt vorgehen zu sollen. Sie kann aber auch nicht gedeihen durch persönliche Angriffe gegen den Gegner, die auf eine feinere oder gröbere Herabsetzung desselben hinauslaufen. Wie Ritterlichkeit im Wahlkampf aussieht, dafür gibt der Aufruf des Stahlhelm ein ausgezeichnetes Beispiel. Auf beiden andern Seiten könnte man davon manches lernen.

Der Krieg in Ostasien

Großfeuer in Tschapei — Unhaltende Artilleriekämpfe

Schanghai, 1. März. In der Nacht zum Dienstag wüthete in Tschapei einer der größten Brände, die dort bisher geherrscht haben. Nachdem bei Einbruch der Dunkelheit das Artilleriefeuer etwas nachgelassen hatte, wurde dann wieder die ganze Nacht gekämpft. Bald nach Tagesanbruch hörte der Kampf auf, er setzte aber um 8.30 Uhr erneut ein. Die Japaner drängen allmählich im Bezirk des Hongtsewparts in südlicher und westlicher Richtung vor, die Chinesen leisteten erbitterten Widerstand, trotzdem Tschapei von japanischen Granaten und Fliegerbomben überschüttet wurde. Auch an der Piangwansfront ist ein Angriff im Gange. Die japanische 11. Division in Stärke von 12.000 Mann ist an der Pangseimündung gelandet worden.

Das Dorf Tschensju, wo sich vor einigen Tagen noch das chinesische Hauptquartier befand, ist durch japanische Fliegerbomben in einen Schutzhafen verwandelt worden. Die Waffenstillstandsverhandlungen in Schanghai sind wegen der Unnachgiebigkeit der Japaner

Tagespiegel.

Die Frist für Wahlvorschläge für die Reichspräsidentenwahl läuft am Donnerstag, den 3. März, nachts 12 Uhr ab. Bis jetzt sind fünf Kandidaten angemeldet: Hindenburg, Dösterberg, Hiller, Thälmann und Gustav Winter.

Zur Präsidentenwahl ist in Preußen am 12. und 13. März der Ausschank von Branntwein verboten worden.

Der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften erklärt, diese Gewerkschaften stehen zur Abwehr gegen gewalttätige Angriffe der radikalen Parteien von rechts und links bereit.

Die memelländischen Mehrheitsparteien (Landwirtschafts- und Volkspartei) haben dem vom Gouverneur Rechy zum Präsidenten des Direktoriums ernannten Landesrat Simmat (Eisauer) erklärt, daß sie zufolge des verfassungswidrigen Eintritts des Landesrats Tollschus oder eines andern ernannten Eisauers das neue Direktorium nicht anerkennen und daß die beiden Vertreter der Mehrheitsparteien, Wachskies und Lutkus es ablehnen, in das Direktorium einzutreten.

Die „Frage der Gleichberechtigung Deutschlands“ soll nach dem Willen Tardieu „auf das Ende der Abrüstungskonferenz“ verschoben werden. — Eine solche „Frage“ sollte es eigentlich überhaupt nicht geben; ihre Verchiebung auf das gar nicht absehbare „Ende“ der Konferenz ist vollends eine brutale Rücksichtslosigkeit gegen Deutschland.

Der russische Volkskommissar Litwinow ist aus Genf nach Moskau zurückgekehrt, um, wie es heißt, an einer wichtigen Sitzung des Kommissariats für Auswärtiges teilzunehmen.

Das englische Oberhaus hat den Gesetzesentwurf über die Reform der Einfuhrzölle in 3. Lesung endgültig angenommen. Die Zölle sind am 1. März in Kraft getreten.

Die finnische Regierung teilt mit, sie sei Herr der Lage; zu Beunruhigung wegen der Lappobewegung liege kein Anlaß vor. — Anderen Nachrichten zufolge ist die Lage bedenklich.

Die drei konservativen Mitglieder des finnischen Kabinetts sind zurückgetreten.

An der Front von Kiangwan ist am Dienstag mit äußerster Heftigkeit gekämpft worden. Die Japaner behaupten, sie hätten ihre Stellungen rund 800 Meter vorverlegen können, geben aber zu, daß sie schwere Verluste erlitten haben.

ins Stoen geraten. Die chinesische Handelskammer in Schanghai hat die Wiedereröffnung der chinesischen Kaufhäuser beschlossen.

Nach einer Meldung aus Tschifu ist ein japanischer Dampfer, der nach Sachalin unterwegs war, im Sturm untergegangen. 23 Matrosen sind ertrunken.

Zusammenziehung einer amerikanischen Großflotte

Washington, 1. März. Reuter meldet: Die Stärke der amerikanischen Flottenstreitkräfte, die sich nach Ueberführung des Hauptteils der amerikanischen Kriegsflotte nach dem Stillen Ozean dann insgesamt dort befinden werden, beträgt 199 Kriegsschiffe, nämlich 12 Panzerkreuzer, 17 Kreuzer, 33 Tauchboote, 81 Zerstörer, 3 Flugzeugmutterchiffe und 53 Hilfsdampfer.

Die Nachricht von der Zusammenziehung einer amerikanischen Flotte von 202 Kriegsschiffen im Stillen Weltmeer wird von den Londoner Blättern ohne Bemerkungen gebracht. Nur der liberale News Chronicle weist mißbilligend darauf hin, daß diese überraschende Nachricht unmittelbar auf die Meldung von aussichtslosen Friedensverhandlungen folge. Es sei zu befürchten, daß die in der Welt herrschende Erregung dadurch nicht gerade verringert werden würde.

Neue Nachrichten

Der Reichslandbund gegen die Kandidatur Hindenburgs

Berlin, 1. März. Der Bundesvorstand des Reichslandbunds nahm in seiner heutigen Sitzung eine Entschließung an, in der festgestellt wird: „Die nationale Opposition hat die Auffstellung Hindenburgs durch die Parteien des Weimarer Systems mit der Heranstellung ihrer Vorkämpfer Hitler und Duesterberg beantwortet. Der Reichslandbund steht im Lager der nationalen Opposition. Er wird seine Stimme nicht für Hindenburg einlegen. Der Kampf für den einen der beiden Kandidaten der nationalen Opposition darf nicht zum Kampf gegen den andern werden. Der gemeinsame Kampf richtet sich gegen die Herrschaft der verderblichen Kräfte, die für die Zerwege unserer bisherigen gesamtstaatlichen und Wirtschaftspolitik verantwortlich sind.“

Die Danzig-polnischen Kontingent-Verhandlungen gescheitert

Danzig, 1. März. Die Kontingent-Verhandlungen zwischen Danzig und Polen sind gescheitert, da die polnischen Vertreter trotz dem weitgehenden Entgegenkommen Danzigs forderten, daß Danzig jedes Eigenrecht in bezug auf die Danziger Handels- und Industriekontingente aufgeben sollte. Die Polen hatten weiter erklärt, daß Polen im Fall der Ablehnung ihrer Forderungen die Ueberwachung nicht einschränken und nicht das geringste Entgegenkommen zeigen werde bei der Frage der Warenrationalisierung. Nach dieser Erklärung hatte eine Fortführung der Verhandlungen keinen Zweck mehr und die Danziger Vertretung meldete daher die für die Danziger Wirtschaft notwendigen Kontingente an, die Polen nach den Verträgen als verbindlich anzuerkennen hat. Der Senat wird sich nunmehr erneut mit den notwendigen Maßnahmen beschäftigen.

Der Kampf um Deutschlands Gleichberechtigung

Genf, 1. März. Ueber die gestrige Unterredung zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu und dem deutschen Vertreter auf der Abrüstungskonferenz, Radolny, will das „Genfer Journal“ erfahren haben. Tardieu habe von Radolny eine bestimmte Umschreibung der von Deutschland verlangten „Gleichberechtigung“ bezüglich der Abrüstung bzw. Rüstung verlangt. Radolny habe aber ausweichend geantwortet und die endgültige Begriffsbestimmung der Reichsregierung vorbehalten. Tardieu und Radolny selbst hüllen sich in Stillschweigen über die Unterredung. — Tardieu hat bekanntlich die „Gleichberechtigung“ der Besiegten entschieden abgelehnt.

Die Lappobewegung in Finnland

Helsingfors, 1. März. Die Regierung hat eine scharfe Nachrichtenüberwachung verhängt. Bei Helsingfors sind starke Truppenmassen zusammengezogen, um den Anmarsch der Lappente, die sich bei Männisälä sammeln, nötigenfalls mit Waffengewalt zu verhindern. Der Führer der Lappente, General Wallenius, erklärte, er hoffe, daß die Krise friedlich beigelegt werde; das Land wünsche die Beilegung des Marxismus und eine wirklich nationale Regierung.

Austritte aus der DVP.

Berlin, 1. März. Der Vorsitzende des Wahlkreisverbands Berlin der Deutschen Volkspartei, Stadtkorreferent Dr. Falk, veröffentlicht einen Aufruf an die Parteimitglieder und Wähler der Partei: Die DVP sei in den letzten Jahren immer mehr von dem Weg des nationalen Bürgertums abgewichen. Die Politik und die Ergebnisse des Kabinettsgrünung werden in öffentlichen Reden usw. als verderblich angegriffen, in entscheidenden Augenblicken werde das Kabinett immer wieder unterstützt. Derselbe Redner sei wieder mit der Unterstützung der Kandidatur Hindenburg gemacht worden. Durch diese innere Zwiespältigkeit habe die Partei das Vertrauen der Wähler verloren; ihre Unzuverlässigkeit und Charakterlosigkeit sei sprichwörtlich geworden. Niemand könne mehr den Zerfall der Partei aufhalten. Er lege daher sein Parteimitglied nieder und schließe sich der Deutschnationalen Volkspartei an, die infolge ihrer nationalentschlossenen und zielbewußten Politik die große Partei des nationalen Bürgertums sein werde.

Dieser Erklärung haben sich der Generalsekretär des Wahlkreisverbands Berlin und sieben weitere Mitglieder des Reichsausschusses und Hauptvorstands angeschlossen. Auch der Reichsminister a. D. v. Raumer hat seinen Austritt aus der DVP erklärt.

Die Ortsgruppe Gesundbrunnen hat geschlossen den Beitritt zur Deutschnationalen Volkspartei erklärt.

Milde Handhabung der Presseverordnung

Berlin, 1. März. Aus dem Reichsinnenministerium wird mitgeteilt, die Reichsregierung stehe auf dem Standpunkt, daß während des Wahlkampfes die Notverordnung gegen die Presse möglichst milde zu handhaben und daß nur bei „verleumderischen Angriffen und verächtlichmachenden Äußerungen“ scharf durchzugreifen sei.

Litauen will sich beschweren

Romno, 1. März. Der Minister des Aeußern, Dr. Jaunius, ist wieder nach Genf zu der Versammlung des Völkerverbunds über den chinesisch-japanischen Streit abgereist. Dr. Jaunius hofft, dort auch Gelegenheit zu einer Besprechung der Memelfragen mit dem englischen Minister des Aeußern Sir John Simon und mit Tardieu zu finden. Wie verlautet, bereitet die litauische Regierung eine Denkschrift an die Unterzeichnermächte des Memelstatuts vor, worin sie sich gegen die in der Rede des Reichskanzlers angekündigten Vergeltungsmaßnahmen gegen Litauen wendet.



Francois Poncet bleibt Diplomat

Paris, 1. März. Der französische Botschafter in Berlin, Francois Poncet, hatte sein Abgeordnetenmandat immer noch beibehalten und sich für seinen Berliner Posten nur auf sechs Monate betrauen lassen. Diese Frist läuft demnächst ab. Der Botschafter hat sich nunmehr entschlossen, sein Abgeordnetenmandat endgültig niederzulegen und sich der diplomatischen Berufslaufbahn vollständig zu widmen.

Einführung eines Markenregisters

Zur verstärkten Ueberwachung der preisgebundenen Markenwaren hat der Reichskommissar die Einführung eines Markenregisters angeordnet, durch die laufend nicht nur die Preise und Mengen bzw. Nettogewichte, sondern auch vor allem die Entwicklung der Handelspreise verfolgt werden sollen. Außerdem wird nach einer längeren Uebergangsfrist angeordnet, daß Markenartikel den Ausdruck der Nettomenge oder des Nettogewichts tragen

Der Beamtenabbau bei der Reichsbahn

Berlin, 1. März. Gegenüber einer Behauptung am Blatt des Deutschen Beamtenbunds, bei der Reichsbahn sollen über 20 000 planmäßige Beamte in den Ruhestand versetzt und eine größere Zahl Arbeiter entlassen werden, stellt die Hauptverwaltung der Reichsbahn fest: Es liegt hier ein falscher Schlussfolgerung aus dem seit 1925 bestehenden Stellenprogramm vor. Nach diesem sollen die vorhandenen Dienstposten, die sich möglicherweise durch den Rückgang des Verkehrs stark vermindert haben, zu 80 Proz. mit planmäßigen Beamten und zu 20 Prozent mit Hilfsbeamten (Arbeitern) besetzt werden. Bei den Arbeitern der Reichsbahn können die natürlichen Abgänge wegen des Verkehrsrückgangs nicht wieder ersetzt werden. Wo überhaupt keine Arbeit vorliegt und aus finanziellen Gründen eingeschränkt werden muß, werden gelegentlich Entlassungen in Frage kommen müssen.

Württemberg

Raubmord auf dem Bahnhof Söndelfingen

Stuttgart, 1. März. Auf dem Bahnhof Söndelfingen bei Reutlingen wurde in der Nacht auf Dienstag kurz nach Mitternacht der diensttuende Beamte, Reichsbahnassistent **Beit**, im Fahrtenzimmer überfallen und getötet. Der Beamte wurde kurz nach der Durchfahrt des letzten Zugs, Zugs 271 Stuttgart — Tübingen, um 0.15 Uhr von einem auf Hilferufe herbeigeeilten Weichenwärter neben seinem Schreibtisch liegend schwer verletzt aufgefunden. Er hatte mehrere Messerstücke in der Brust; ein auf ihn abgegebener Pistolenschuß war vom Schlüsselbein bis in die Nierengegend durchgedrungen. Der Beamte mußte überfallen worden sein, solange er mit der Geldabrechnung beschäftigt war. Der Täter, der es offenbar auf einen Kassenraub abgesehen hatte, ließ das zur Ablieferung bereitgelegte Geld liegen und flüchtete unerkannt. Bis jetzt fehlt jede Spur von ihm.

Heute früh ist an Hand der vom Täter liegengelassenen Mordwaffe ein Polizeihund angefetzt worden, der eine Spur aufnahm. Diese führte über das Bahngelände hinweg Mehlingen zu. Der Hund verfolgte diese bis zum Fabrikaußen der Firma **J. Hummel Söhne**, Reutlingen. Dort konnte das Tier einen Fortgang der Spur anscheinend nicht finden. Beit steht in den 50er Jahren und war bereits 28 Jahre in Söndelfingen tätig. Die Mordkommission traf bereits 2.15 Uhr nachts am Tatort ein. Es wird vermutet, daß der oder die Täter in einem Auto das Weite gesucht haben. In der Station ist vor nicht allzu langer Zeit zweimal eingebrochen worden.

Der Polizeibericht meldet, daß die Schüsse des Täters aus einer Selbstladebüchse, Kal. 6,35 Millimeter, abgegeben wurden. Die Stiche wurden mit einem vom Täter am Tatort zurückgelassenen Stiletmesser ausgeführt. Die Klinge des Stiletmessers ist 8,5 Zentimeter lang und 1,8 Zentimeter breit. Der 10 Zentimeter lange Griff des Stiletmessers ist ein Hirschhorngriff, der vor längerer Zeit mit einer schwarzen Lackfarbe überstrichen worden sein muß. Anhaltspunkte zur Ergreifung des Täters sind noch nicht vorhanden. Es besteht die Möglichkeit, daß die genaue Kenntnis des Täters von der Verletzlichkeit und insbesondere auch des von ihm gewählten geeigneten Zeitpunktes zur Ausführung der Tat darauf zurückzuführen ist, daß der Täter in der Nähe des Tatorts wohnhaft ist. Einige Tatumsstände weisen darauf hin, daß es sich um einen jüngeren, nicht sehr gewandten Täter handelt. Sachdienliche Mitteilungen zur Klärung des Tatbestands, die auf Wunsch vertraulich

behandelt werden, werden auf schnellstem Wege an das Landeskriminalpolizeiamt oder an die nächste Polizei- oder Landjägereistelle erbeten.

Stuttgart, 1. März.

Beleid der württ. Regierung. Der Staatspräsident hat der Witwe des Redakteurs **Heller** im Namen der württ. Regierung das herzlichste Beileid ausgesprochen.

Der Präsident der Landwirtschaftskammer Adorno wiedergewählt. In der heutigen Sitzung der neugewählten Württ. Landwirtschaftskammer wurde der bisherige Präsident, **Outsbesitzer Adorno** von Kaltenberg O. A. Zeitnang mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt. In seinem Stellvertreter wurde an Stelle des erkrankten **Abg. Dingler** (Calw), der eine Wiederwahl ablehnte, **Herrmann** (Blaufelden) gewählt.

Der vermählte Realschüler gefunden. Der seit einer Woche vermählte 16jährige hiesige Realschüler hat sich wieder eingestellt. Er hat aus **Rehl** a. Rh. Verwandten mitgeteilt, daß er in Stuttgart von zwei Männern zum Eintritt in die Fremdenlegion verleiht worden sei, doch habe er sich in **Rehl** eines besseren besonnen.

Polizeiaktion gegen die Kose Hilfe. Die Polizei führt im Bezirksbüro der kommunistischen Kosen Hilfe wegen unerlaubter öffentlicher Sammlung zwei Hausdurchsuchungen durch, dann eine Hausdurchsuchung in der Wohnung des Sekretärs der Kosen Hilfe, **Fugger**; zahlreiche Hausdurchsuchungen bei Stuttgarter Funktionären und in etwa 25 Ortsgruppen von Württemberg. In diesem Zusammenhang erfolgte am 29. Februar die polizeiliche Festnahme des Sekretärs **Fugger**.

Mit einer Bierflasche totgeschlagen. Wegen eines Verbrechen der Körperverletzung mit Todesfolge in Tateinheit mit einem Vergehen des Kaufhandels hatte sich der 21 J. a. Former **Walter Mähleisen** von Zuffenhausen vor dem Stuttgarter Schwurgericht zu verantworten. Im Verlauf eines Streits, der in Täuschlichkeiten ausartete, hatte **Mähleisen** am 15. Dezember v. J. den im gleichen Haus wohnenden 63 J. a. **Remmer Johannes Pflieger** mit einer leeren Bierflasche auf den Kopf geschlagen, so daß **Pflieger** am nächsten Tag infolge eines Schädelbruchs starb. Das Urteil lautete auf 3 Jahre Gefängnis. Der Angeklagte wurde sofort in Haft genommen.

Aus Bequemlichkeit das eigene Kind getötet. Wegen Totschlags wurde die 19 Jahre alte **Maria Hemminger** von Zell, O. A. Ehlingen, vom Schwurgericht Stuttgart zu einer Gefängnisstrafe von 3 Jahren verurteilt. Die Angeklagte, eine beschränkte Person, hatte im April v. J. von einem 63jährigen früheren Bürger von Zell, bei dem sie als Laufmädchen arbeitete, ein Kind erhalten. Als das Kind sieben Monate alt war, wurde oft die Nachtruhe ihrer Mutter gestört und deshalb beschloß die Angeklagte, das Kind aus der Welt zu schaffen. Zuerst versuchte sie, den Knaben durch Baden in heißem Wasser und später in kaltem zu töten. Als ihr dies nicht gelang, tötete sie das Kind in der Nacht vom 10. zum 11. Dezember, indem sie ihm den Mund und die Nase zuhielt, bis es keinen Laut mehr von sich gab. Das Gericht nahm entsprechend dem Gutachten des ärztlichen Sachverständigen Affekthandlung an.

Aus dem Lande

Besigheim, 1. März. Zur Landtagswahl. Der Bauernbundsabgeordnete **Odenland** von **Isfeld**, der dem Landtag seit 1922 angehört, wird bei den nächsten Landtagswahlen nicht mehr kandidieren.

Blaufelden O. A. Gerabronn, 1. März. Brand. Aus bisher unbekannter Ursache brach abends in der Scheuer von **Gutsbesitzer Wölz** in **Niederweiler** Feuer aus, das in kurzer Zeit das Gebäude samt Inhalt in Schutt und Asche legte. Der Gebäudeschaden beträgt etwa 15 000 Mark.

Ellwangen, 1. März. Habe Belohnung. Die Gebäudebrandversicherungsanstalt Stuttgart hat für Mitteilungen von Privatpersonen über die Brandfälle in **Udelmannselden** vom 3., 8. und 12. Februar 1932, die zur Ermittlung des Täters führen, eine Belohnung bis zu 3000 RM. ausgesetzt.

Neuenhaus O. A. Nürtingen, 1. März. Ein Kind von stürzenden Mauersteine erschlagen. Das sechsjährige Töchterchen des Maurers **Eugen Grieb** stand vor einem Haus, als sich plötzlich an der Wand des Hauses ein Schwemmsteinregal löste, auf das Kind stürzte und es tödlich verletzte. Das Kind hatte einen Schädel- und Beinbruch erlitten.

Herrenau, 1. März. Wildschweine. Im Loffenauer Wald wurde von Jagdberechtigten ein Lager von 15 jungen

Wildschweinen entdeckt und ausgehoben. Das Mutter Schwein weilt in der Nähe, ergriff jedoch die Flucht. Die jungen Frischlinge waren erst 4—5 Tage alt und gingen nach einigen Tagen ein, obwohl versucht wurde, sie mit entsprechender Nahrung aufzuziehen.

Oberdorf, O. A. Biberach, 1. März. Des Kindes Schutengel. Am Freitag abend fehlte in der Familie des **Gutsbesitzers Döbler** in **Buefelsberg** (Schloßhof) das vierjährige Töchterchen. Alles Suchen in der näheren Umgebung und am Bach blieb erfolglos. Spät abends entdeckte man eine Kinderfußspur, die südwärts zum Forst wies und über **Acker** und durch **Viehweiden** bis zur **Strasse** nach **Reute** verfolgt werden konnte. Nach kurzer Pause wurde am frühen Morgen die Suche aufgenommen, worauf das Kind unweit des **Schönenbuch** auf einer **Akerscholle** sitzend, ohne Kopfbedeckung und halb eingekleidet, jedoch wohlbehalten aufgefunden wurde. Ueber 15 Stunden brachte die kleine **Wanderin** in der Winternacht zu, und ihr Weg führte über den **Bach** und tiefe **Gräben**.

Weingarten, 1. März. Ausgrabung — Giftmord? Gestern nachmittag wurde durch die Staatsanwaltschaft die Leiche der vor zwei Jahren verstorbenen **Frau Schloffer** **Di** ausgegraben, da Verdacht auf Giftmord vorliegt. Der Friedhof wurde polizeilich abgesperrt. Der schon seit einiger Zeit verhaftete Mann der Verstorbenen wurde zur **Sektion** vorgeführt.

Vom Oberland, 1. März. Landtagskandidaten. Das Zentrum hat im Bezirk **Ravensburg** den bisherigen Abgeordneten **Bürgermeister Lins**, im Bezirk **Niedlingen** den bisherigen Abgeordneten **Köberle** und im Bezirk **Waldsee** **Direktor Wilhelm Maucher** aufgestellt.

Zöpprig-Prozess

Ellwangen, 1. März. Am Montag nachmittag wurde der **Nachdirektor** der **Basler Handelsbank**, **Honegger**, vernommen, dessen Aussagen jedoch nichts Neues ergaben. Als die verschiedenen **Blätter** zur Sprache kamen, gab der Zeuge an, daß die **Buchbilanz**, in die er Einsicht nahm, ein erschreckendes Bild biete. „Wenn wir diese Bilanz“ — gemeint war die **Buchbilanz** per 31. 12. 28 — „gehabt hätten, hätten wir zweifellos andere Maßnahmen ergriffen. Wir hätten uns mit anderen Banken in Verbindung gesetzt, um die **Firma Zöpprig** unter Kontrolle zu stellen.“ Die **Basler Handelsbank** habe durch den Zusammenbruch der **Firma Zöpprig** mindestens 340 000 RM. verloren.

Der in der Dienstag-Sitzung (20. Verhandlungstag) vernommene **Bankdirektor Schoch** von der **Vollbank St. Gallen** konnte über den Verlust dieser Bank genaue Angaben nicht machen; da noch nicht sämtliche Wechselverbindungen abgewickelt sind. Die Bank werde mit einem Verlust von 350 000 Schweizer Franken rechnen müssen.

Alltägliche Dienstinrichten

In den Ruhestand versetzt: **Handelschulrat Landenberger** an der **Stuttgarter Handelsschule**; **Gerichtsvollzieher Abt** beim **Amtsgericht Rottenburg**.

Uebertragen: Dem **Lehrer Friedrich Moser** in **Ditzingen O. A. Leonberg** eine Lehrstelle an der ev. **Volksschule** in **Bernau O. A. Nagold**.

Sendefolge der Stuttgarter Rundfunk AG.

Donnerstag, 3. März:

8.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Gymnastik, 7.10: Wetterbericht, 10.00: Schallplatten, 11.00: Nachrichten, Zeitangabe, 12.00: Wetterbericht, Scherzbericht, 12.05: Funknachrichtensender, 12.35: Musik der **Baslerischen Polizeikapelle**, 13.35: Zeitangabe, Nachrichten, Programmänderungen, Wetterbericht, Schallplattenkonzert, 14.30: Spanischer Sprechunterricht für Anfänger, 15.00: Englischer Sprechunterricht für Anfänger, 15.30: Stunde der Jugend, 16.30: Vortrag: Fahrt durch die **italienische Provinz**, 17.00: Konzert, 18.00: Zeitangabe, 18.40: Vortrag: **Arbeitslosenversicherung**, Streikverfahren, 19.05: Vortrag: **Deutsche Sozialpolitik** und **internationales Arbeitsamt**, 19.30: Zeitangabe, Wetterbericht, **Landwirtschaftslandzeitung**, 19.45: Konzert, 20.30: **Geist** und **Schmerz**, 21.00: „**Raid**“ (Orchestrales Orchester), 22.30: Zeitangabe, Programmänderungen, Wetterbericht, Nachrichten, 23.10—24.00: **Tanz- und Unterhaltungsmusik**.

Sport

Verbandsstag des Südwestdeutschen Eisportverbands. Auf dem Verbandsstag des Südwestdeutschen Eisportverbands in **Tilfice** wurde beschlossen, den nächsten Verbandsstag am 5. März 1933 in **Stuttgart** abzuhalten. Die Kosten des **Kunsteis** und **Eischießens** wurden befreit durch die **Herren Traut** (Stuttgart) und **Rieger** (Schwemingen). Der Verband will beim **DGB** dafür wirken, daß künftig bei **Eisportmeisterschaften** keine **Jugendlichen** zum Start zugelassen werden sollen.

Ursula Drenck

Geschichte einer Liebe von **Paul Grabein**
Copyright 1930 by Romandienst „Digo“ Berlin W 30.

106. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Lange hatte sie gestanden und hinausgeschaut über den See, wo weit hinten das letzte Sonnenlicht in glühendem Widerschein in dem dunklen Spiegel erlosch; das tat wohl, einmal nicht zu denken, auch die Seele so dümmern zu lassen, wie die Natur ringsum. Wie eine mildtröstende Mutterhand — eine Hand, deren Wohlthat sie im Leben ja nie kennen gelernt hatte — hatte es sich weich auf ihr Herz gelegt, sodas alles Leid leis drin einschlich. Dann war sie, sie wußte selbst nicht wie, hier in das Musikzimmer eingetreten, und am Flügel hatte sie, in gedämpftem Phantasieren, weiter geträumt. Bis plötzlich das Leid in ihrer Seele brannte. Nun war sie auch wieder da, die furchtbare, sinnverwirrende Frage ohne Antwort:

Was nun? Was nun?
Berzweiflung übermannte Ursula, sie war zu müde, noch weiter zu grübeln; in ihrer mattgehegten Seele stieg nur ein Wunsch noch auf: Möchte doch ein Ende kommen! — Ende?

Von einem Schauer des Entsetzens überlaufen, sprang Ursula vom Flügel auf. Im selben Augenblick kam sie auch wieder zu sich; Weg mit diesem Bilde des Schreckens! Das war ja nicht ihr Ernst — nur ein dämonisches Spiel ihrer Gedanken. Mit beiden Händen strich sich Ursula, wie um sich von dem Spud zu befreien, über die glühende Stirn, da sah sie aus dem Dunkel eine Gestalt sich lösen, deren Annäherung der dicke Räucher ihr verborgen hatte.

Ein leiser Schrei des Entsetzens kam von ihren Lippen. Im selben Augenblick stand aber auch schon der Eindringling vor ihr, und eine Mannesstimme tönte aus dem Dunkel:

„Erschrecken Sie nicht. Ich bin es — Dr. Wigand.“
Seine Stimme! Er hier bei ihr, in dieser Einsamkeit — Dunkelheit! Was wollte er?

Sie sprach es nicht taus, aber er fühlte aus ihren angstvollen Schreien die Frage heraus, und stotternd sprach er: „Ich kam zufällig vorüber und hörte Ihr Spiel. Dann trat ich ein — und dann, dann —. Ich kann Sie nicht so verzweifelt sehen. — Fliehen Sie doch nicht vor mir!“ Er tat ihr einen Schritt nach, die unwillkürlich bei seinen Worten zurückgewichen war. „Ich komme als Ihr Freund — nur als Ihr Freund! Helfen will ich Ihnen!“

„Wir kann keiner mehr helfen.“ Trostlos klang ihre Stimme.

Sie wollte sich zum Gehen wenden, aber da stand er vor ihr.

„Gerade ich — der ich mich schuldbeladen fühlte Ihnen gegenüber; lassen Sie mich sühnen, was ich gefehlt, lassen Sie mich helfend, schützend an Ihre Seite treten.“

„Dazu ist es nun zu spät!“ Eine unendliche Bitterkeit sprach aus ihrer Stimme. „Das hätte eher geschehen sollen. Aber wo waren Sie damals, als alles über mir zusammenbrach? Allein überleben Sie mich meinem Schicksal! Sie gingen davon — entzogen sich jeder Verantwortung.“

Furchtbar traf ihn die Anklage, die sie mit schmerzschütterter Stimme gegen ihn richtete.

„Wie — das wähten Sie? Das wäre der Grund gewesen?“ Einige Herzschnitte lang rang er mit seinem em-

porbrechenden Empfinden; nun aber flutete es über ihn dahin.

„Ursula!“ Sie zuckte bis ins Innerste zusammen. „Willst du wissen, warum ich damals fortging?“ So nahe trat er zu ihr, daß seine bebende Stimme dicht vor ihrem Ohr tönte. „Weil ich deinen Verlust nicht ertragen konnte, weil ich dich liebte — mehr als mein Leben!“

Wie betäubt unter dem Anprall seiner Leidenschaft stand Ursula. Er aber fuhr fort:

„Doch das ist ja nun vorbei, mein Leben ist verpfuscht. Aber das deine soll es nicht sein.“ Leidenschaftlich stieß er es hervor. „Ich lasse es nicht zu! Nur eins sag mir, daß ich das Recht habe, zu handeln: Ursula — liebst du Drenck?“

Auf fuhr Ursula aus ihrer Betäubung. Was sollte das alles? Wie durfte er diese Frage an sie richten? Und sie wollte davon stürzen. Er aber ergriff, zum letzten entschlossen, ihren Arm und hielt sie zurück.

„Beantworte mir, Ursula, die einzige Frage wenigstens — das bist du mir schuldig: Liebst du Drenck schon damals, als alles kam, als du — noch mein warst?“

„Das konntest du glauben?“ Wie ein Aufschrei entrang es sich Ursulas Brust.

„Also nein? — Nein!“ Fast jubelnd stieß es Wigand hervor. „Dann weiß ich alles: Ein Opfer war deine Ehe — ein Sühneopfer!“

Seine entflammten Blicke verzehrten ihr süßes, blaßes Gesicht, so dicht vor ihm. In der flüchtigen Sekunde, wo er die angstvoll Widerstrebende so zurückhielt, jagten sich seine Gedanken wie Blitze:

(Fortsetzung folgt).



Aus der Gemeinderatsitzung

vom 1. März 1932.

Anwesend: Vorsitzender, 15 Mitglieder (Stadttrat Schanz ist entschuldigt wegen Teilnahme an einer Beerdigung) und über 50 Zuhörer. Auf jedem Platz der einzelnen Stadträte liegt ein Buch, betitelt „Die Tätigkeit der Gemeinderäte“ und ein Zettel mit Namen, damit jeder der Herren Stadträte gleich wußte, wo er Platz zu nehmen hat. Die Sitzordnung ist augenblicklich so, daß rechts vom Vorsitzenden die alten acht Stadträte sitzen und zwar in folgender Reihenfolge: Stephan, Rueg, Fricksche, Schanz, Klotz, Weber, Bött und Waidelich; ihnen folgen die neugewählten acht Stadträte (Sitzordnung nach der Höhe der Stimmzahl): Schill, Straffer, Brigelmaier, Willig, Kappelmann, Pfau, Huzel und Gall. Von den Zuhörern hat ein großer Teil keine Sitzgelegenheit.

Der Vorsitzende eröffnete kurz nach 2 Uhr die erste Sitzung des Gemeinderats in neuer Zusammensetzung. Die Wichtigkeit der Sitzung beweist die zahlreiche Zuhörerschaft; sie bekunde, daß in der Bürgerchaft ein reges Interesse für die Tätigkeit des Gemeinderats herrsche. In seinen weiteren Worten begrüßte der Vorsitzende insbesondere die neuertretenden Mitglieder des Gemeinderats; man möge bei den Beratungen alles persönliche zurückstellen und nur das Wohl und Wehe unserer schönen Badestadt Wildbad im Auge haben; es würde sich immer wieder eine Plattform finden, wo sich der Gemeinderat zusammenfindet. Der Vorsitzende wies auf den schönen ersten Märztag hin, der vielleicht ein gutes Omen bilde; er schloß seine Ansprache mit den Worten: „Und drüht der Winter noch so sehr mit drohenden Gebärden und streut er Eis und Schnee umher, es muß doch Frühling werden.“ Anschließend erstattete der Vorsitzende folgenden

Geschäftsbericht für das Jahr 1931.

W. H.! Das Jahr 1931 hat mit Sorgen begonnen und mit Sorgen geendet. Es unterschied sich vom Jahr 1930 nur dadurch, daß sich die allgemeine Wirtschaftslage fortwährend verschlechterte. Vor allem hat sich die Arbeitsmarktlage in einem Maße verschlechtert, daß wir zu Ende des Jahres 1931 mit annähernd 500 Erwerbslosen den bisherigen Höchststand erreichten. Die zwangsläufige Folge waren weiterer Zurückgang des Geschäftsverkehrs in allen Branchen, Rückgang der Steuererträge und Anwachsen der Wohlfahrtslasten. Unbegreiflich ist dabei das Verhalten der staatlichen Ämter und Betriebe: Straßenbauämter, Forstämter, Badverwaltung, Reichsbahn mit ihren Einstellungen bzw. Einschränkungen ihrer Bauarbeiten und Betriebe. Die Belastung der Städte und Gemeinden mit Wohlfahrtslasten wird dadurch ins Unerträgliche gesteigert, zumal die neuerliche Abwälzung eines Teils der Arbeitslosenversicherung und der Soziallasten auf die Städte und Gemeinden hinzukommt. Was die Regierung mit diesem gegenüber den Städten und Gemeinden wenig freundlichen Verhalten bezweckt, wohin die Reise gehen soll, ist und bleibt unbegreiflich; denn ein Verlangen der Städte hätte für den Staat die schlimmsten Folgen. Zum Mindesten sollte man erwarten dürfen, daß die Länderregierungen jetzt durch Aufnahme von Arbeiten größeren Ausmaßes die Not der Arbeitslosen einigermaßen zu steuern suchen. Die Städte allein können es nicht schaffen. In all der schwierigen Lage ist es ein schwacher Trost, daß die schlimmsten Befürchtungen, die viele zu Anfang des Winters hatten, bis jetzt nicht voll eingetreten sind und wir, da wir jetzt anfangs März stehen, doch mit einer baldigen Besserung auf dem Arbeitsmarkt rechnen können. Wie ich schon in der letzten Sitzung bei der Verabschiedung der austretenden Stadträte sagte, hat unsere Stadtgemeinde bisher die Lage gemeistert. Ihre Finanzen können bis jetzt noch als geordnet und gesund bezeichnet werden und sie wird, wenn nicht Unvorhergesehenes eintritt, bei einem weiteren vernünftigen Wirtschaften auch für den Rest des Winters durchhalten.

Der Fremdenbesuch im Jahr 1931 war den allgemeinen Verhältnissen entsprechend schwächer als im Vorjahr. Die Zahl der Fremden betrug 18 850 gegen 20 056 im Vorjahr. Die Holzzerlöse aus den Stadtwaldungen sehten ihre rückgängige Bewegung fort. Während 1930 noch 60% der Landespreislifte für Tannen und Fichten und bis zu 80% für Föhren zu erzielen waren, sanken 1931 die Preise bis auf 25-30% für Fichten und Tannen und 50-60% für Föhren. Der der Stadtkasse hiedurch erwachsende Einnahmefall ist zur ständigen großen Sorge geworden. Der Waldbesitz, der in Würtemberg bisher das finanzielle Rückgrat des Landes und der meisten Gemeinden war, wird durch die massenhafte Holzeinfuhr aus dem Auslande ruiniert. Es ist höchste Zeit, daß die Reichsregierung die Holzeinfuhr aus dem Auslande wenigstens auf 3 Jahre ganz einstellt, da sonst für die Länder und Gemeinden und die mehrere 100 000 Arbeiter beschäftigende Holzindustrie ein bleibender Milliarden Schaden entsteht, gegenüber dem der Maschineneport einiger Werke kaum ins Gewicht fällt. Sollte eine sofortige völlige Unterbindung der Holzeinfuhr nicht möglich sein, so müssen alle denkbaren Mittel zu einer Drosselung der Einfuhr angewandt werden, wie Devisenbeschränkung, Ausgleichszulzuschläge, Erhöhung der Zölle für Papier- und Grubenholz, Fracht- und Steuererleichterungen für das Inlandsgehoft u. a. m.

Zu dem Ausfall bei den Holzzerlösen kamen für die Stadtkasse große Ausfälle in den Einnahmen der städtischen Werke: Gas- und Elektrizitätswerk, Bergbahn, Taifachen, welche äußerste Vorsicht bei Behandlung der bevorstehenden Tarifermäßigungen empfehlen und mit denen wir uns bei den Voranschlagsberatungen in diesem Frühjahr eingehend beschäftigen werden.

Ueber die Tätigkeit des Gemeinderats ist zu berichten, daß er in 24 Sitzungen 232 Gegenstände neben zahlreichen kleineren Verwaltungssachen erledigte. Die Verwaltungsabteilung des Gemeinderats (Dezreturkommission) tagte in 52 Sitzungen, die Ortsfürsorgebehörde in 19 Sitzungen. Grundstücksverhandlungen fanden 25, Sühneverhandlungen 38 statt. Baugesuche fielen 24 an (Neubauten 14, bauliche Veränderungen 10). Die Gemeinderichtsabteilung erledigte 11 Rechtsstreitigkeiten, Zahlungsbefehle wurden 104 (i. B. 60) erlassen.

Die Zahl der Geburten betrug hier 48 i. B. 76). Hiezu kommen noch 5 hiesige Geburten im Bezirks-Krankenhaus in Neuenbürg, Eheschließungen 31 (33), Sterbefälle 41 (50), hiezu kommen noch 5 Todesfälle im Bezirks-Krankenhaus Neuenbürg.

Als größere Bauarbeiten der Stadt im Jahr 1931 sind u. a. zu erwähnen: die Fertigstellung der Kanalisation der Kernerstraße und die Verlängerung

der Wasserleitung aus dem Kollwassertal, die bauliche Verbesserung des Schlachthauses, die Herstellung der neuen Baustraße „Goethestraße“ samt Kanalisation und Gasleitung. Ferner sind anzuführen: die Inangriffnahme des Einbaues einer neuen Turbine im Elektrizitätswerk 2 und einer neuen Kälteanlage im Schlachthaus, die Anschaffung von Gasdruckgeräten für die freiwillige Feuerwehr.

Die Sorge für die Notleidenden und Erwerbslosen.

nahm 1931 einen breiten Raum in der Tätigkeit der Stadtverwaltung ein. Welche Ausdehnung das öffentliche Fürsorgewesen auch in kleineren Städten wie Wildbad angenommen hat, geht aus folgenden Zahlen hervor:

- a) an Sozialrenten (Invaliden-, Witwen-, Waisen- und Unfallrenten) durch das Postamt hier 94 848 RM
- b) an Unterstützungen durch das Bezirkswohlfahrtsamt in den verschiedenen Abteilungen der gehobenen Fürsorge 35 500 RM
- c) durch die hiesige Armenpflege und Stadtpflege an Armenunterstützungen u. Wohlfahrtserwerbslosenunterstützungen 31 025 RM

zus. 161 373 RM

hinzukommen die Arbeitslosen- und Krisenunterstützungen durch das Arbeitsamt deren Betrag noch nicht feststeht

Außerdem führte die Stadt in den Wintermonaten eine Kinderpeisung (Milchabgabe) durch und beteiligte sich an der Suppenküche der Wildbader Rothilfe mit Geldbeiträgen, Kartoffel- und Brennholzabgaben. Sie ließ für die Erwerbslosen 3 Waggon Kartoffeln kommen und gab an sie Brennholz um den Holzhauerlohn ab. An Weihnachten erhielten die erwerbslosen Familienväter eine Weihnachtsgabe von 5 Mark.

Die private Bautätigkeit

hat die Stadt gefördert durch die Uebernahme der hälftigen Ausfallbürgschaft bei Neubauten bzw. durch die Abgabe von Bauplänen in 7 Fällen.

Leider ist es nicht gelungen, die staatliche Badverwaltung zur Inangriffnahme des Baues der geplanten heizbaren Trindhalle zu veranlassen, obgleich im Landtag die baldige Ausführung in Aussicht gestellt wurde.

Die Werbung für das Bad

wurde in Gemeinschaft mit der staatlichen Badverwaltung und dem Kurverein in intensiver Weise fortgesetzt. Die Werbung im Ausland brachte zu Anfang der Badezeit eine erfreuliche Zunahme des Ausländerverkehrs, die aber mit der im Juli eingetretenen Bankenkrise wieder verloren ging. Mit der Einführung der Ausreisegeldgebühr füllte sich dann das Bad wieder. Es ist begreiflich, daß die deutschen Bäder auch für ihre Betriebe den jetzt überall propagierten Schutz der heimischen Arbeit verlangen und auch für das Jahr 1932 eine Erschwerung der Auslandsreisen erwarten. Da durch sie in der Hauptsache nur Länder berührt werden, die so wie so keine Gäste nach Deutschland senden und die Devisenbeschränkung strenge Maßnahmen nötig macht, sollte mit der Erlassung einer diesbezüglichen Verfügung nicht gezögert werden. Die Auslandsbilanz des Fremdenverkehrs muß endlich für Deutschland aktiv gemacht werden. Das Ansehen Deutschlands kann dadurch nur gewinnen. Die Not unseres Volkes wird dann endlich auch dem Ausland handgreiflich bekannt werden und zwar am eigenen Leib. Nicht eine Verärgerung der Nachbarländer, die bisher das Wohlleben und den Wohlstand der bei ihnen Erholung suchenden Deutschen nicht genug kritisieren konnten, wird die Folge sein, sondern das Gegenteil wird eintreten, nämlich ein größeres Verständnis für unsere Lage, eine größere Bereitwilligkeit mit uns zu verhandeln, uns entgegen zu kommen und uns wieder lebensfähig zu machen.

Die Vereinigung der Württ. Schwarzwaldbäder hat sich in dieser Richtung geäußert und es ist nur zu wünschen, daß die Reichsregierung die entsprechenden Maßnahmen sofort ergreift.

Wir für unseren Teil können uns nur bemühen, in der Werbung für unser Bad unentwegt fortzufahren und immer neue Wege zu suchen, um seine Vorzüge in weiten Kreisen bekannt zu machen. So wurde auch 1931 dem Kurverein ein Beitrag von 4000 Mark bewilligt und die Mittel zur Werbung wurden im Umfange des Vorjahrs bewilligt und aufgewendet. Besondere Sorgfalt vermande der Gemeinderat und die Stadtdirektion auf die durch die allg. Wirtschaftslage gebotenen

Sparmaßnahmen.

In allen Sparten des Gemeindehaushalts wurde auf möglichste Einschränkung der Ausgaben hingewirkt und vor allem eine Herabsetzung des Aufwands für Beamtenbefolgungen durch Stellenabbau und andere Geschäftseinteilung durchgeführt.

Infolge Stellenersparung, Neueinteilung des Dienstes, Zurücksetzung einzelner Beamten sind in der Besoldungsabteilung gestrichen worden gemäß der früher gefassten Gemeinderatsbeschlüsse und mit Genehmigung der Regierungsbehörde:

1. die Stelle eines Stadtbauamteisters,
2. die Stelle eines Gemeindeforstwirts,
3. die Stelle eines Wegmeisters,
4. die Stelle eines Gasmeisters,
5. die Stelle eines Bergbahnschaffners,
6. die Stelle eines weiteren Bergbahnschaffners,
7. die Stelle eines Schlachthausverwalters,
8. die Stelle eines Vorarbeiters (Straßen- und Wegeaufsehers).

Nach dem Voranschlag sind dadurch an Gehaltsbezügen, Wegfall der Pensionskassenumlage usw. eingespart:

Stadtbauamteister Munt	6 196 RM	1 260 RM
Förster Rutterer	3 545 RM	730 RM
Wegmeister Rath	3 107 RM	650 RM
Gasmeister Heinrich	3 107 RM	650 RM
Bergbahnschaffner König	2 825 RM	620 RM
Bergbahnschaffner Gauß	2 732 RM	620 RM
Schlachthausverwalter Kroll	2 700 RM	620 RM
Vorarbeiter Horkheimer	2 750 RM	550 RM
	26 962 RM	5 700 RM
		Gesamtsumme 32 662 RM

Hiezu: infolge Wegfalls der Gratifikation des Gasverwalters Gütbler 720 RM und Austritt der Schreibgehilfin Müller, deren Stelle vom vorhandenen Personal versehen wird 2 097 RM

Brutto-Ersparnis zusammen 35 479 RM

Hievon ab: Bezüge des Forstwart-Stellvert. Mößinger 1940 RM
Stellv. Schlachthausverwalter Krauß 1960 RM 3 910 RM
Netto-Ersparnis 31 569 RM

hinzutreten noch die Einsparungen durch die Gehaltskürzungen gemäß der Reichsnotverordnungen im Gesamtbetrage von rd. 35 000 RM

Die Kürzungen, die sich jetzt auf 20-23% der früheren Bezüge belaufen, wurden hier auf die durch die Notverordnungen festgesetzten Termine bei allen Beamten und Angestellten aufs Genaueste durchgeführt.

Als erfreuliche Vorcommisse

des Jahres 1931 sind zu buchen: die Gauwertungsfahrt des Allg. Deutschen Automobilklubs und der Verbandsrat des Württ. Fleischerverbands im Monat Mai, die viele Gäste hieherbrachten und einen schönen Verlauf nahmen, sowie das 75jährige Jubiläum des hiesigen Lieberkranzes mit seinem schönen und würdigen Verlauf, ferner der Bau der evangelischen Kirche in Sprollenhäus, zu der die Stadt die Turmuhr und einen Beitrag zu den Wasserleitungskosten stiftete. Schließlich die Inangriffnahme der Keplersternwarte auf dem Sommerberg.

Bei der jetzigen allgemeinen Lage können Pläne für das neue Jahr nicht bekannt gegeben werden. Im Vordergrund steht das Gebot der Stunde „Sparen“! Dabei wird auch im neuen Jahr die Sorge für die bedrängte Lage unserer Handels- und Gewerbetreibenden und unserer Gasthofbetriebe und die Sorge für Arbeit für unsere arbeitslosen Arbeiter und Handwerker in der Tätigkeit des Gemeinderats die erste Stelle einnehmen müssen. In der Arbeitsbeschaffung ist mit der Einrichtung des freiwilligen Arbeitsdienstes zur Ausführung von Waldwegen und mit dem Beschlusse über Verbesserung des Ortsweges in Sprollenhäus als Kostandsarbeit ein vielversprechender Anfang gemacht. Zu erstreben wäre noch die Durchführung einer Kostandsarbeit in Wildbad selbst mit der Korrektur der Rennbachstraße und mit der Kanalisation der König-Karlstraße vom Elektrizitätswerk 2 bis zum Postgebäude und in der Staatsstraße bis zur Gasfabrik als 2. Abschnitt der künftigen Sammelleitungsanlage. Die Röhren zu diesem Teil der Kanalisation sind bekanntlich schon vorhanden.

Ferner wäre anzustreben, daß die Staatsfinanzverwaltung mit dem Bau der heizbaren Trindhalle im Herbst dieses Jahres rechtzeitig beginnt und daß die in Aussicht stehenden privaten Wohnhausneubauten an der Goethe- und an der Paulinenstraße bald in Angriff genommen werden.

Ich danke sämtlichen Herren Stadträten, die seither im Gemeinderat waren, ebenso sämtlichen städtischen Beamten für ihre treue, oft recht schwierige Mitarbeit im verflossenen Berichtsjahr und bitte Sie Alle, auch im neuen Jahr unverdrossen und unter ganzer Einsetzung ihrer Kraft zum Wohle und Segen unserer Stadt zusammenzuarbeiten.

In der Aussprache zum Jahresbericht nimmt als erster Redner Stadtrat Fricksche das Wort. Er führt dabei aus, daß der alte Gemeinderat gut und redlich zusammengearbeitet habe; er hofft, daß es der neue ebenso mache zum Wohle der Allgemeinheit. Der Sprecher geht sodann des Näheren auf den Jahresbericht ein, erwähnt den Fremdenverkehr u. a. und betont, daß alles getan werden müsse im Interesse unseres schönen Wildbads. — Der Vorsitzende schlägt nun vor, zuerst die Beerdigung der neugewählten Gemeinderatsmitglieder vorzunehmen und in der Aussprache über den Jahresbericht später fortzuführen. Er verliest die betreffende Vorschriften der Gemeindeordnung, die in den Artikeln 36, 108, 109, 110 und 111 niedergelegt sind. Die schon dem alten Gemeinderat angehörigen Stadträte Kappelmann, Pfau und Huzel, werden auf ihren früher geleisteten Dienst verwiesen. Die neugewählten fünf Stadträte leisten sodann einzeln den Dienst durch Nachsprache der Eidesformel und durch Handschlag (der Gemeinderat und die Zuhörerschaft erheben sich während des feierlichen Aktes von ihren Plätzen), der von dem Vorsitzenden mit den Worten geschlossen wurde, daß der Leistung ihres Handelns immer das allgemeine Wohl sein möge; keine persönlichen und keine Parteirücksichten. — Anschließend wird in der Aussprache über den Jahresbericht fortgefahren. Stadtrat Stephan dankt dem Vorsitzenden für seine Ausführungen; wenn der Jahresbericht nicht so ausfalle, wie es allgemein gewünscht werde, so liege das nicht an der Tätigkeit des alten Gemeinderats, sondern er sei begründet in der wirtschaftlichen Lage. Redner drückt den Wunsch aus um öffentliche Bekanntgabe des Jahresberichts, der in weiten Kreisen eine Beruhigung hervorrufen würde. (Dem Wunsche ist Rechnung getragen worden. Die Schriftleitung). Stadtrat Stephan spricht zum Schluß aus, daß es ohne Arbeit keinen Aufstieg gebe und zwar müsse das verdiente Arbeit für den Arbeiter sein. — Stadtrat Bött vermißt im Jahresbericht eine Aufstellung der Summe, die der Lohnabbau verursacht; ein Aufstieg könne nur folgen, wenn die Kaufkraft der Massen gehoben würde. Der Vorsitzende verspricht, in der nächsten Sitzung eine Statistik über die Auswirkungen des Lohnabbaus vorzulegen.

Wahlen. Stadtrat Bött beantragt hiezu geheime Abstimmung. Für die Wahlkommission wurden gewählt die Stadträte Klotz mit 14 Stimmen, Pfau 14, Rueg 13; zwischen den Stadträten Gall und Straffer, die je 8 Stimmen erhielten, entschied das Los, das zu Gunsten des Stadtrats Straffer ausfiel. — In die Gemeinderichtsabteilung wurden durch Zuzuf gewählt die Stadträte Kappelmann und Fricksche als ordentliche Mitglieder, Stadträte Stephan und Brigelmaier als Stellvertreter. — In die Baukommission die Stadträte Bött mit 14 Stimmen, Brigelmaier 12, Schill 12. — Für die Steuerabteilung erhielten Stimmen die Stadträte Fricksche 14, Kappelmann 10, Brigelmaier 9, Klotz 9, Straffer 9. Stadtrat Klotz tritt freiwillig zurück, da nur vier Herren zu wählen sind. — Der Gewerbeschulrat wurde durch Zuzuf gewählt und zwar Herr Schlossermeister Schwerdtle in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Gewerbevereins und die Stadträte Pfau, Schill, Stephan und Willig. — Bevor zur Wahl der Verwaltungsabteilung (Dezreturkommission) geschritten wurde, stellte Stadtrat Huzel einen Antrag, der eine größere Aussprache herbeiführte. Stadtrat Huzel führte aus, daß die Dezreturkommission die wichtigste Kommission sei, sie sei die Hauptverwaltung; er stelle deshalb den Antrag, die Kommission nicht zu wählen und die Funktionen dieser vom Gesamt-Gemeinderat ausüben zu lassen. Die Kosten seien nicht zu hoch, wenn die Arbeiten der Verwaltungsabteilung vom Gesamtgemeinderat geleistet würden. Stadtrat Bött stimmt seinem Vorredner zu; die Mitglieder des Gemeinderats wissen nicht, wie die Summen im einzelnen verausgabt werden. Stadtrat Willig führt aus, wie er aus den bisherigen Wahlen ersehen habe, seien wenig Arbeitervertreter gewählt worden; er hält die Wahl eines Arbeitervertreters in die Verwaltungsabteilung für zweifelhaft und ist für den Antrag Huzel. Der Vorsitzende erklärt, daß die Auflösung der Verwaltungsabteilung eine Satzungsänderung bedeute, wozu die Genehmigung der Regierung einzuholen sei. Man

solle heute noch einmal die Dekreturkommission wählen und den Antrag Huzel auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung stellen. Stadtrat Klotz ist damit einverstanden und macht den Vorschlag, Stadtrat Willig mit in die Verwaltungsabteilung zu wählen. Stadtrat Frischke weist die Ausführungen von Stadtrat Willig zurück und betont, daß auch sie ein warmes Herz für die Arbeitnehmer haben. Stadtrat Waidlich erklärt, daß der Antrag Huzel kein Mißtrauen gegen die Verwaltungsabteilung bilden solle, sondern er solle nur zur besseren Orientierung des Gesamtgemeinderats dienen. Stadtrat Huzel betont das Gegenteil; er ist nach wie vor der Ansicht, daß der Gemeinderat die Funktion der Dekreturkommission übernehmen kann. Stadtrat Stephan wundert sich über die Aussprache; er stellt den Antrag, die Verwaltungsabteilung bestehen zu lassen. Stadtrat Brigelmaier schließt sich dem Antrag an und man solle das Vertrauen zu der Abteilung dadurch zu festigen suchen, indem man einen Arbeitnehmervertreter hinzu wähle. In der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Huzel mit allen gegen 5 Stimmen abgelehnt (Huzel, Bott, Waidlich, Willig, Galt). Stadtrat Bott gibt die Erklärung ab, daß sie sich an der Verwaltungsabteilung nicht beteiligen werden. In die Dekreturkommission werden nunmehr gewählt die Stadträte Frischke mit 12 Stimmen, Kappelmann 10, Kueß 10, und Huzel 7; vier Zettel waren leer. Außerdem waren noch zwei Stellvertreter für diese Kommission zu wählen; von verschiedenen Seiten wurde den Arbeitnehmer-Vertretern nochmals nahegelegt, in der Verwaltungsabteilung mitzuwirken. Die Bemühungen waren erfolglos; Stadtrat Willig erklärt nochmals seinen Standpunkt; einzelne Herren seien in verschiedenen Abteilungen vertreten, während die Vertreter der Arbeiterschaft weniger berücksichtigt wurden. Als Stellvertreter wurden nunmehr gewählt: Stadtrat Schill mit 10, Stadtrat Straßer mit 8 Stimmen; auch hier wurden wieder vier leere Zettel abgegeben.

Ermäßigung der Kurtaxe. Die Badverwaltung beabsichtigt, die Kurtaxe um durchschnittlich 10 Prozent zu ermäßigen, was der Vorsitzende für sehr erfreulich hält; außerdem sollen auch die Bäderpreise herabgesetzt werden. So soll u. a. die große weiße Kurtaxkarte von 25 Mark auf 22.50 Mark herabgesetzt werden; die rote Kurtaxkarte von 15 Mark auf 13.50 Mark usw. Außerdem sollen Zusatzkarten ausgegeben werden für Kurfremde, die länger als 14 Tage hier sich aufhalten; der Preis der Zusatzkarte beträgt 1.50 Mark pro Tag. Nach dem Vertrag zwischen Bad- und Stadtverwaltung ist in Sachen der Kurtaxe der Gemeinderat vorher zu hören. Der Vorsitzende erklärt noch, daß die hiesigen Kurtaxpreise wesentlich niedriger seien, als in anderen Bädern gleicher Größe. Stadtrat Frischke begrüßt insbesondere die Einführung der Zusatzkarten und die Tatsache, daß eine Ermäßigung der Kurtaxe eintrete. Stadtrat Stephan hat den Wunsch, daß die Veranstaltungen nicht in dem Maße eingeschränkt werden, wie es vielleicht vorgezogen sei. Der Gemeinderat erklärt sich sodann mit der vorgeschlagenen Aenderung für ein Jahr einverstanden.

Sonstiges. Stadtrat Bott beantragt die Neuauflistung einer Geschäftsordnung mit dem Zusatz, die Sitzordnung im

Gemeinderat solle nach den einzelnen Wahlvorschlügen erfolgen, nicht nach der Stimmzahl. Stadtrat Frischke wünscht hierzu die Aufstellung einer Kommission, welche eine neue Geschäftsordnung ausarbeiten und in der nächsten Sitzung vorlegen soll. Der Vorsitzende erklärt, daß er kein Anhänger der neu vorgeschlagenen Sitzordnung sei; die einzelnen Stadträte seien von allen Kreisen der Bevölkerung gewählt; man würde sich eingehend in der nächsten Sitzung damit beschäftigen. In die Kommission wurden gewählt die Stadträte Bott, Brigelmaier, Klotz und Stephan. Stadtrat Straßer stellt Antrag auf Streichung der Sitzungsgelder; nur diejenigen, die einen direkten Lohnausfall haben, sollen eine Vergütung erhalten. Im Einverständnis mit dem Antragsteller wird auch dieser Antrag der Kommission überwiesen. Beschlussfassung erfolgt in der nächsten Sitzung.

Schluß der öffentlichen Sitzung 5 Uhr. Es folgt noch eine kleine nichtöffentliche Sitzung.

Wildbad, den 2. März 1932.

Vom Wintersportverein. Bei den am vergangenen Sonntag in Döbel abgehaltenen Gauläufen des Rödf. Schwarzwaldgauers im S. S. B. konnten folgende hiesige Teilnehmer und Teilnehmerinnen Siege erringen:

- Damenlauf über 2,5 Kilom., 12 Teilnehmerinnen.**
 1. Siegerin Fr. Hermine Krauß.
 2. Siegerin Fr. Emilie Eisele.
 4. Siegerin Fr. Eise Kammerer.
- Jungmännerlauf über 8,3 Kilom., 16 Teilnehmer.**
 1. Sieger Eugen Böhner.
 2. Sieger Adolf Klumenthal.
- Großer Langlauf über 17,2 Kilom., 28 Teilnehmer.**
 8. Sieger Theodor Bechtle.
 4. dergl. Altersklasse 1, 3 Teilnehmer.
 1. Sieger Wilhelm Wader.
 5. Jungmänner-Sprunglauf, 5 Teilnehmer.
 1. Sieger Eugen Böhner.
 2. Sieger Robert Bott.
 6. Sprunglauf — Herrenklasse, 11 Teilnehmer.
 1. Sieger Adolf Krumm, Note 291,75, dergl. Altersklasse.
 1. Sieger Wilhelm Wader, Note 301,50.
 7. Zusammengehörter Lauf (Lang- und Sprunglauf).
 1. Sieger Wilhelm Wader, Note 618,75 (Gaubester).
 3. Sieger Adolf Krumm, Note 543,75.
 6. Sieger Theodor Bechtle.

Allen Siegern und Siegerinnen ein kräftiges Ski Heil!

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Betriebsanwalt Winter will Reichspräsident werden. Nach den bisherigen Anmeldungen für die Reichspräsidentenwahl wird außer den bisher genannten Kandidaten von Hindenburg, Duesterberg, Hitler und Thälmann als fünfter der so genannte Betriebsanwalt Gustav Winter aus

Großjena bei Naumburg, der sich gegenwärtig in der Kassenstrafanstalt befindet, kandidieren. Winter ist der Mann der rot gestempelten Tausendmarktscheine, der die Rettung Deutschlands durch eine Bank- und Währungsreform verkündet. Die notwendigen Unterschriften, und zwar 35.000 sind für ihn beigebracht worden. Sie sind vor allem in Hamburg, München und in Sachsen gesammelt worden.

Prozess gegen den Herzog von Braunschweig. Im Haushalt des Braunschweigischen Landtags wurde mitgeteilt, daß sich die Regierung genötigt gesehen habe, einen Prozess gegen den früheren Herzog Ernst August anzuführen, weil er sich geweigert habe, seinen finanziellen Verpflichtungen hinsichtlich der Museen- und Bibliotheksstiftung in voller Höhe nachzukommen. Im Auseinandersehungsvertrag zwischen Staat und Herzoghaus war dem Herzog die Hälfte des Eigentums am Landesmuseum in Braunschweig und an der Landesbibliothek in Wolfenbüttel zugesprochen worden mit der gleichzeitigen Verpflichtung, die Hälfte der Unterhaltskosten dieser beiden Institute zu tragen. Der Anteil des Herzogs an den Unkosten betrug im vergangenen Haushaltjahr 69.900 Mark.

Kraftwagenunfall Duesterbergs. Als Obersteuermann a. D. Duesterberg in Hannover mit zwei Begleitern im Kraftwagen mit hoher Geschwindigkeit die Eilenriede entlang zur Stadthalle fuhr, löste sich plötzlich das linke Borderrad des Wagens ab. Der Wagen lief auf der Rabe weiter, hin- und hersehlernd und sich umdrehend, bis er zum Stillstand gebracht werden konnte. Es ist ein Wunder, daß der Wagen nicht umgefallen ist. Duesterberg und seine Begleiter blieben unversehrt.

Bankier aus dem 3. Stock gestürzt. Am Montagabend stürzte der Bankier Max Löwenstein, Inhaber der Bankkommandite Max Späth u. Co. in Nürnberg, vom Balkon seiner im 3. Stock gelegenen Wohnung in den Hof hinab und starb bald darauf. Vermutlich liegt Selbstmord vor.

Das Urteil im Prozess wegen der Evangelischen Zentralbank. Das Schöffengericht in Berlin-Mitte verurteilte im Prozess wegen der Co. Zentralbank Friedrich Paul Kunz wegen Depotverbrechen und Bilanzverschönerung zu zwei Jahren drei Monaten Gefängnis, Adolf Kunz wegen Belüftung und wegen Betrugs zu zwei Jahren Gefängnis. Die Untersuchungshaft wurde angerechnet, die Haftbefehle aufrechterhalten. Das Gericht hat den Angeklagten mildernde Umstände zugesprochen.

Umkehrung des Schmudgoldes. In England ist eine Bewegung entstanden, Goldschmuck zu verkaufen, damit er zugunsten des Goldbestands der Bank von England in Währungsgold umgeschmolzen werde. So hat ein englischer Herzog, um ein gutes Beispiel zu geben, ein wertvolles Familienstück, seine goldene Krone, zu diesem Zweck dem Verkauf ausgesetzt, und es sind bereits 15.000 Pfd. St. (nach heutigem Kurs etwa 220.000 Mark) dafür geboten worden. Täglich werden in England für Hunderttausende Pfund Sterling goldene Schmuckstücke verkauft.

Reichspräsidentenwahl am 13. März 1932.

Bekanntmachung

betr. die Auslegung der Stimmliste.

Die Stimmliste liegt vom 3. bis 6. März 1932 (je einschließl.) während der üblichen Kanzleistunden, Sonntags von vormittags 11 bis 12 Uhr auf dem Rathaus (Meldeamt) zu jedermanns Einsicht aus.

Wer die Stimmliste für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum Ablauf der Auslegungsfrist bei der unterzeichneten Stelle schriftlich anzeigen oder zur Niederschrift geben.

Stimmscheine stellt auf Antrag des Stimmberechtigten beim Vorliegen gesetzlicher Gründe die Gemeindebehörde des Wohnorts aus.

Näheres ist aus dem Anschlag am Rathaus ersichtlich. Wildbad, den 1. März 1932.

Bürgermeisteramt.

Wildbad.

Wir suchen sofort tüchtigen Verkäufer(in) für Bahnhofs-Verkaufsstand.

Offerten unter „Verkaufsstand“ an die Tagblattgeschäftsstelle.

Hausbesitzerverein e. B. Wildbad.

Da am Sonntag, 6. März der Krieger- und Militärverein sich versammelt, findet unsere bereits angekündigte

Generalversammlung

am Samstag, 5. März, abends 8 Uhr, im „Schwarzwaldhof“ (Nebenzimmer) statt.

Tagesordnung wie üblich. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet. Der Ausschuß.

Große Verdienstmöglichkeit

bietet sich Damen und Herren, die sich mit dem Verkauf von erstklassigen

Strick-, Sport- und Handarbeits-Wollen

befassen möchten. Kommissionslager wird gestellt. Auch gutgehende Ladengeschäfte in Stadt und Land kommen dafür in Frage. Möglichkeit zu einer Lebensrentenzusage geboten. Offert. unt. Darlegung der Verhältnisse erbeten unt. Chiffre R. S. 220 an die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Ruhfleisch

Pfd. 40 Pfg.

Metzgerei Treiber.

KAUFHAUS SCHOCKEN PFORZHEIM



LINOLEUM

Linoleum	bedruckt, viele Muster und Farben, mit kleinen Fehlern, zum Teil in größerer zusammenpassenden Abschnitten, 200 cm breit	1.65
Linoleum	bedruckt, viele neuzeitliche Muster und Farben, vollkommen fehlerfreie Ware, teils Blumen-, teils Stock-Musterung, 200 cm breit	1.95
Linoleum	Granit, durchgehend gemustert, viele Farbstellungen, größere zusammenpassende Abschnitte, mit kleinsten Fehlern, 200 cm breit	3.10
Linoleum	Jaspé, durchgehend gestrichelt gemustert, viele Farbstellungen, größere zusammenfassende Abschnitte, mit kleinen Fehlern, 200 cm breit	3.35
Linoleum	Inlaid, durchgemustert, viele pastellgelbe Muster, auch kräftige Farbtöne, größere zusammenfassende Abschnitte, mit kleinen Fehlern, 200 cm breit	2.95
Linoleumläufer	bedruckt, mit Kante, neuzeitliche Muster und Farben, mit kleinsten Schönheitsfehlern, zum Teil fehlerfreie Ware	50 cm 0.95 60 cm 1.25 65-67 cm 1.35 90 cm 1.95 100 cm 2.10 110 cm 2.35 130 cm 2.75

60 Inseratenform geschickt

Die Maße geben die ungefähren Größen und Breiten an

2 Schlager

- 1 1/2 Milch-Voll-Weis
- 1 1/2 Weizengrieß
- 1 1/2 Schnittmehl

zusammen nur 85

- 3 1/2 Sauerkraut
 - 1/2 1/2 mag. Rauchfleisch
- kein ausländischer Speck
zusammen für 85

- Delfardinen Port.-Dosen 5 Stück 95
- Schweizerkäse 1/2 Kilo 1.00
- Büdinge 25

Heute direkt von See eintreffend:

- Frischer Cablian 17
- Filet 28
- Stockfisch 30

und 5% Rabatt

LUGER



Heute abend 8.00 Uhr Singstunde

Weinprobetag der

Unterländer Weingärtner-Gesellschaft Nordheim bei Heilbronn

am Donnerstag, 3. März, nachm. von 1 Uhr ab in der Gesellschaftskeller in Nordheim.

Zur Probe stehen nur

erstklassige Weissriesling-, Trollinger- und gemischt Rotweine aus den besten Weinberglagen von Neipperg, Nordheim Schwaigern.

Aufträge nimmt am gleichen Tag die anwesende Vorstandschaft entgegen.

Sämtliche Geschäfts- u. Familien-Drucksachen liefert schnell und preiswert die Druckerei des Wildbader Tagblatt.

Fische noch billiger

Heute eintreffend:

- Frischer Rablian 18
- in ganzem Fisch Pfd. 18
- Filet 30

- Seeaal geräuchert 30
- Büdinge Pfd. 26

Donnerstag, Freitag und Samstag

3 Sondertage

- 1/2 Pfd. Speckger. 48
- 1 „ Bohnen 48
- 1/2 Pfd. Rauchfleisch 68
- 2 „ Sauerkraut 68

- Blutpreßsah 50
- Leberpreßsah 50
- Speckleberwurst 50

- Streichleberwurst 2 Pfd. Dose 72

Salami bei ganzer Brust Pfd. 1.10

und Rückvergütung

Pfannkuch

Tüchtiges Servierfräulein

mit guten Empfehlungen aus ersten Hotels von Kurorten, sucht Saison-Stellung in Wildbad.

Anfragen beantwortet die Tagblatt-Geschäftsstelle, woselbst auch Zeugnisabschriften aufliegen.